

MBI - Ratsfraktion - Mülheimer Bürger Initiativen

MBI-Fraktionsgeschäftsstelle:
Tel. : 3899810 Fax: 3899811

Kohlenkamp 1, 45468 Mülheim
e-mail: mbi@mbi-mh.de, Internet: www.mbi-mh.de

MBI: Etatrede

des MBI-Fraktionsprechers
Lothar Reinhard,
Ratssitzung am 19. Dez. 2012



Haushaltskatastrophe auf Mölmsch!! Der Etat 2013 ist perspektiv- und hoffnungslos! Schluss mit Prestigeprojekten, Umwegfinanzierung und unseriöser "kreativer Buchführung"!!

Mülheim a.d. Ruhr gilt als reichste Großstadt des Ruhrgebiets, liegt seit vielen Jahren am unteren Rand bei Arbeitslosigkeit, dafür in der Spitzengruppe beim Durchschnittseinkommen. Die lokale Wirtschaft ist (noch) robust, leistungsstark und vielfältig. Nicht zufällig hatte Mülheim in den Boomjahren 2005 bis 2008 die mit Abstand höchsten Zuwächse in ganz NRW, insbesondere beim Export.

Doch die fetten Jahre sind vorbei und das exakte Gegenteil dessen ist passiert, was Josef laut Altem Testament in Ägypten so erfolgreich vorexerzierte: Vorräte wurden nicht angelegt, sondern verkonsumiert oder gar noch auf Jahrzehnte verpfändet. Pflichtaufgaben wurden privatisiert, und deren Folgekosten auf die Zukunft verteilt.



Mit der Ablehnung der erhofften über 400 Mio. Euro Schuldentilgung durch den sog. „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ des Landes NRW hätte auch die letzte Hoffnung für „Weitermachen wie gehabt“ bereits Ende Mai vom Winde verweht worden sein müssen. Doch weit, sogar meilenweit gefehlt! Die finanzielle Lage der Stadt Mülheim ist bekanntlich katastrophal bis dramatisch:

Alleine 2011 gab es wieder Allzeitschuldenrekorde mit 132 Mio. Euro Haushaltsloch und 616 Mio. Euro Kassenkrediten bei insgesamt „nur“ 467 Mio. Euro Gesamteinnahmen (2010 noch 479 Mio.!), und das bei boomender Wirtschaft und den historisch niedrigsten Zinsen aller Zeiten! (**Zum Vergleich: Beim damals nicht genehmigten Doppelhaushalt 1998/99 betrug das Haushaltsloch 27 Mio. DM (nicht Euro), also ca. 10% der Neuschulden alleine von 2011 und kurzfristige „Kredite zur Liquiditätssicherung“ = Kassenkredite= Überziehungskredite waren damals kaum bzw. überhaupt nicht nötig. In 2011 dagegen musste der Kämmerer insgesamt bereits 616 Mio. Euro = über 1,2 Milliarden DM (!) Kassenkredite aufnehmen.**)

Die astronomische Verschuldung der letzten Jahre ist längst jenseits von Gut und Böse und hat eine Eigendynamik entwickelt, die mit herkömmlichen Sparmaßnahmen wie im vorliegenden Etat der Kämmererei nicht mehr in den Griff zu bekommen ist! Vielleicht haben sich auch deshalb in diesem Jahr Etatberatungen in Mülheim irgendwie ins Nirwana geflüchtet?!

Die Haushaltslage der kleinen Großstadt Mülheim ist trotz einer (noch) sehr robusten Wirtschaft und für das Ruhrgebiet stets niedriger Arbeitslosigkeit schwindelerregend katastrophal. Alleine die Kassenkredite wuchsen seit 2004 exponentiell und gehen auf die Milliardenerschallgrenze zu! **Seit 10 Jahren haben die MBI genau dieses fast hoffnungslose Desaster Jahr für Jahr vorher gesagt und davor gewarnt, doch es kam sogar noch schlimmer.** Dennoch behauptet der Kämmerer, mit seinem perspektivlosen bis lächerlichen HSK (Haushaltssicherungskonzept) „könnte die Stadt 2020 die Ausgaben mit den Einnahmen komplett decken“. Wer's glaubt, wird ..., denn alle Weichen sind diametral entgegengesetzt gestellt! Fortsetzung S. 2-4

Einlegeblatt S.5: Für Ruhrstadt, Rekommunalisierung und wirkliche Bürgerbeteiligung!

S.6: MBI-Wünsche für 2013: Wiederbelebung von Demokratie und Stadtplanung

Haushaltssanierung in Mülheim? Fehlanzeige!

Bei dem Zahlenwerk des Kämmerers kommt man ohnehin arg ins Zweifeln. Wenn doch der Absturz der Dividende der RWE-Aktie von 3,50 in 2011 auf 2 Euro in 2012 bereits Millionen Mindereinnahmen bedeutete, der Kämmerer seit längerem die gesunkenen Gewerbesteuereinnahmen trotz Wirtschaftsbooms beklagt und dann noch die Lohnabschlüsse im öffentlichen Dienst viele Mio. Euro Mehrausgaben bedeuten, wundert zwar die ungebremste Explosion der Kassenkredite nicht, umso mehr aber, dass 2012 über 100 Mio. Euro angebliche Mehreinnahmen (immerhin 23% mehr als im Vorjahr, woher auch immer) angesetzt sind, die dennoch irgendwie vollständig verpuffen. Doch egal:

Schaut man sich nämlich die Kurve der Kassenkredite an (s. Grafik), ist seit 2004 ein stetiges und exponentielles Wachstum zu verzeichnen, unabhängig von Wirtschaftszyklen wie Boom ab 2005 oder Finanzkrise ab 2008! Man sieht aber auch, dass diese verheerende Entwicklung sich ungeachtet der o.g. angeblichen, massiven Mehreinnahmen ab 2012 quasi „naturgesetzlich“ ungebrochen weiter fortsetzen wird, wenn alles weitergeht wie gehabt.

Die dramatisch explosionsartige Zunahme der Kassenkredite seit 2004 mit jeweiliger Verdoppelung in wenigen Jahren ist mathematisch sogar hyperexponentiell und damit wie bei Griechenland selbst mit einem Schuldenschnitt oder mit Dauerrettungspaketen, also dem Hängen am Tropf, nur noch schwer in den Griff zu bekommen.

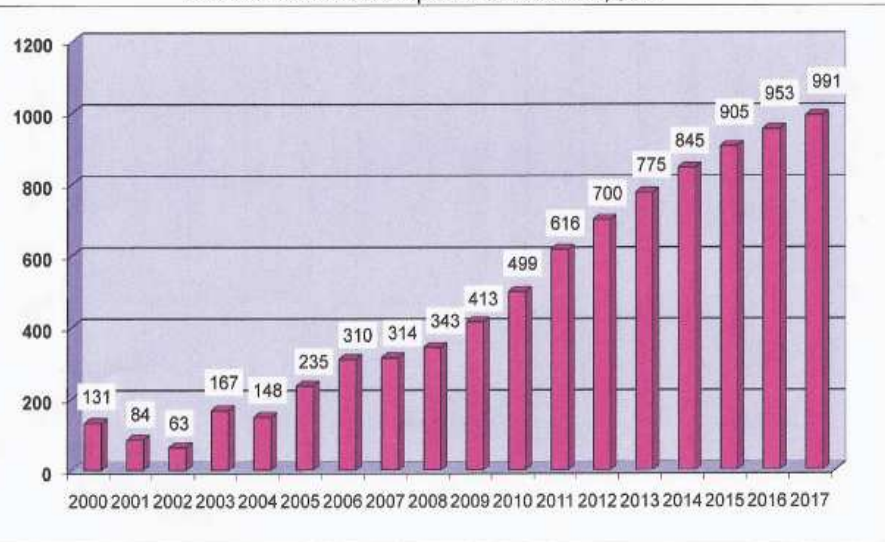
Vergleicht man z.B. nur die Prognosen für Kassenkredite der letzten drei Mülheimer Haushaltsentwürfe mit der realen Entwicklung der letzten 3 Jahre im Wirtschaftsboom und mit Niedrigzinsen, so wird deutlich, dass der Haushalt völlig aus den Fugen ist und dem Kämmerer entglitten!

- ◆ Zum Doppelhaushalt 2010 prognostizierte der Kämmerer für 2014 ohne HSK 755 Mio. Euro, zum Etat 2012 dann 805 Mio. und zum Etat 2013 bereits schwindelerregende 845 Mio. Euro Kassenkredite, also 12% mehr trotz aller Haushaltssicherungskonzepte!
- ◆ Die realen Kassenkredite sind von 2009 auf 2011 von 415 Mio. auf 616 Mio. Euro (= 48% Zuwachs!) weiter explodiert. Analog sind die prognostizierten Kassenkredite nur für das Jahr 2014 innerhalb von nur 2 Jahren um weitere 90 Mio. angewachsen trotz HSK, boomender Wirtschaft und Minimalzinsen!
- ◆ Die Ergebnisse des Doppelhaushalts 2010/11 waren katastrophal, denn selbst die düsteren Prognosewerte für Kassenkredite ohne HSK wurden von der Realität mit HSK noch übertroffen. Wie der Kämmerer den erneuten Versuch eines Doppelhaushalts in der Ratssitzung im Okt. mit den „guten Erfahrungen mit dem Doppelhaushalt 2010/11“ rechtfertigen konnte, ist völlig schleierhaft!
- ◆ Die HSK-Maßnahmen haben absolut nichts bewirkt, um das exponentielle Anschwellen der Kassenkredite zu stoppen oder gar zu verringern, im Gegenteil.

◆ Es ist nicht schwer sich vorzustellen, welche raketartigen Steigerungsraten die Höhe der Kassenkredite annehmen werden, wenn die Wirtschaft (wie deutlich absehbar) abflaut oder/und die Zinsen auf 2,3,4 oder mehr % steigen. Bei den heutigen ca. 0,5% für Kommunalkredite beträgt die Zinslast bereits ca. 18 Mio. Euro.



Entwicklung der Kassenkredite der Stadt Mülheim von 2000 bis 2017
aus Vorbericht Haushaltsplanentwurf 2013/14, S. 46



Fazit: Haushaltsmäßig ist es nicht mehr 5 nach 12, sondern bereits stockduster!

„Weiter so“ kann nur im völligen Haushaltsdesaster enden!

Zu den ganz großen Haushaltsrisiken wie evtl. **steigende Zinsen und abflauende Wirtschaft** kommen als absehbare weitere Probleme u.a. die viel zu große Abhängigkeit der Stadt von der Entwicklung des immer noch trudelnden RWE-Konzerns (nach dessen gigantischen Fehlentscheidungen der Vergangenheit) und die zu erwartende sog. Abundanzumlage des Landes.

Niedrige Dividende für die zig Millionen RWE-Aktien gefährden die gesamten Nebenhaushalte der BHM und ihrer Töchter sowie der Stiftungen, hauptsächlich der Stinnes-Stiftung, die an vielen Stellen und Projekten originäre Aufgaben der Stadt übernommen hat, von Stadionumbau bis stadtgeschichtlichem Museum u. v.m.. Unterm Strich wird der Kernhaushalt die Millionenlöcher durch den Einbruch der Aktiengewinne ausgleichen müssen.

Da Mülheim nicht in den „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ aufgenommen wurde, wird es sich nach den Plänen des Landes auch noch zusätzlich an der Finanzierung des „Stärkungspakt 2“ beteiligen müssen. Etwa ein Drittel soll nämlich über die „Abundanzumlage“ durch die „stärkungsfreien“ Städte und Kreise aufgebracht werden.

Selbst wenn diese enormen Haushaltsrisiken nicht bestünden (von der immer noch völlig ungelösten Eurokrise ganz zu schweigen), hätte längst ein grundlegendes Umsteuern der gesamten Stadtpolitik Mülheims einsetzen müssen, um die Haushaltspolitik noch in den Griff bekommen zu können, damit wenigstens in ein paar Jahren Einnahmen und Ausgaben wieder deckungsgleich werden könnten. Genau das Gegenteil geschah und geschieht weiter: Der Sockel der unabänderlichen Ausgaben erhöhte sich ständig, nicht zuletzt durch ein Flut von Großprojekten, während die Einnahmen bei schrumpfender Bevölkerung zurückgingen trotz aller Gebühren- und Steuererhöhungen.

Auch im Etat 2013 versteht der Kämmerer Haushaltssanierung erneut vornehmlich als Einnahmensteigerung trotz schrumpfender Bevölkerung und sinkenden verfügbaren Einkommen, inzwischen auch der mittleren Einkommensschichten.



Was wäre nötig, um dem perspektiv- und hoffnungslosen Haushalt der Stadt Mülheim trotz nicht mehr korrigierbarer Fehler der letzten Jahre eine Zukunft ohne Crashkurs zu geben?

Ohne Zweifel muss in dieser bedrohlichen Situation endlich der Solipakt Ost für überschuldete Städte wie Mülheim sofort abgeschafft werden. Ebenso müsste es schnell eine grundlegendere Reform der Kommunalfinanzierung geben. Auch müssen alle Möglichkeiten interkommunaler Kooperation sofort und endlich ernsthaft geprüft und umgesetzt werden. All das fordern die MBI seit über 10 Jahren und inzwischen wollen das angeblich fast alle auch, doch außer klugen Sonntagsreden ist wenig passiert.

Natürlich muss auch das Konnexitätsprinzip durch Land, Bund und EU endlich konsequent und ausnahmslos angewandt werden. Ferner muss ein Entschuldungsfonds für hoch verschuldete Städte eingerichtet werden, weil viele Kommunen ansonsten nie mehr der hoffnungslosen Lage entkommen.

Doch all das, sofern es denn bald wirklich umgesetzt würde, könnte nur helfen, wenn auch der Eigenanteil an der gigantischen kommunalen Verschuldung Stück für Stück reduziert wird. Und der ist im Falle unserer Stadt Mülheim sehr hoch und für jeden sichtbar. Prof. Blotevogel hat für Hagen nachgerechnet, dass ca. 70% der Hyper-Verschuldung selbstgemacht sind und nur 30% durch die Unterfinanzierung der Kommune. In Mülheim dürfte der selbstverschuldete Eigenanteil noch höher liegen! Wir haben weniger mit swaps verzockt als Hagen, aber dafür eine noch atemberaubendere Verschwendung für unzählige Gutachten, immer neue Pöstchen, Räume anmieten, Hochglanzbroschüren u. v.m....

Was müsste die Stadt selbst tun, kurz- mittel und langfristig, um die katastrophale Haushaltslage nach und nach zu sanieren?

I.) Beschlossene zukünftige große Luxusausgaben ohne erkennbare städtebauliche Notwendigkeit werden unverzüglich aufgegeben, um nicht alle HSK-Maßnahmen inkl. der geplanten Steuer- und Gebührenerhöhungen von Bonans HSK in den nächsten Jahren mehr als aufzufressen. Dazu zählen vorrangig:

- a) **Ruhrbania Baufeld 3-5 zwischen Eisenbahn- und Nordbrücke:** Auch noch Gesundheitshaus, ex-Arbeitsamt und die AOK (nach deren Ankauf!) abzureißen und Ersatzgebäude anzumieten oder per PPP u.ä. zu errichten, wäre extrem kostspielig und zur Vervollständigung der wenig überzeugenden bisherigen Ruhrbania-Bauten auch nicht notwendig, im Gegenteil eher unerwünschte Konkurrenz
- b) **Ruhrbania-Baulos 3=Abriss Hochstr. Tourainer Ring und Ausbau Klöttchen als Hauptverkehrsachse für 2-Richtungsverkehr:** Für ca. 10 Mio. würde die hundsmiserable Verkehrsführung durch Ruhrbania-Baulos 1+2 nicht verbessert, wahrscheinlich im Gegenteil
- c) **der geplante Luxusportplatz in Heißen für 13 Mio.** ist nicht notwendig, die Finanzierung über Wohnbebauung auf 4 heutigen Sportplätzen höchst fragwürdig und im Fall des Schulsportplatzes von der Tann-Str. auch skandalös und schwer realisierbar. Im Endeffekt wird die Stadtkasse viele Millionen zuschießen müssen. Es würde ausreichen, für die beiden Heißener Clubs aus dem RSV-Platz einen Kunstrasenplatz zu machen, Kosten ca. eine halbe Mio. und falls die TB-Damen in höheren Ligen spielen, können sie dies problemlos im Ruhrstadion tun!

II.) Keine Einnahmeerhöhungen durch dauernde Steuern- und Gebührenerhöhungen, weil dies nicht nur der grundsätzlich falsche Weg ist, sondern zumeist auch kontraproduktiv, als da wären

- a) geplante **Grundsteuererhöhung**, die alle treffen würde, am stärksten untere und mittlere Einkommen
- b) geplante **Gewerbesteuererhöhung auf deutsches Rekordniveau**, was insbesondere die mittelständige Wirtschaft vor Ort bedrohen würde, im Fall einer sich verschärfenden Wirtschaftskrise besonders heftig. Abwanderung oder Nichtansiedlung von Betrieben wäre nicht auszuschließen.
- c) geplante **erhöhte KiGa- und OGS-Gebühren durch Aufhebung des Geschwisterrabatts**, was alle Zusagen aller Parteien und Ebenen für mehr Betreuung konterkariert mit sogar gesetzlichen Garantien für U3- und O3-Plätze, sondern einer stark alternden Stadt Mülheim schweren Schaden zufügen kann
- d) **erneute Parkgebührenerhöhung**, was noch mehr Leute aus der krisengeschüttelten Innenstadt und notleidenden Stadtteilzentren wie Speldorf fernhalten würde.

III.) Keine Einsparungen, die entweder für Kleckerbeträge wie die Streichung aller 18.000 • für den Behindertenverband VGBS diesen damit ganz gefährden könnte oder erkennbar kontraproduktive Vorhaben, weil auf Dauer teurer als die erhoffte Einsparung, wie beim drogenmedizinischen Dienst uswuf..

Ohnehin schrumpfen die Bonanschen HSK-Vorschläge beim genaueren Hinschauen wie Butter in der Sonne. Viel Unausgegorenes, Wirkungsloses oder sogar Kontraproduktives!

Übrig bleiben zum einen saftige Steuererhöhungen bei Grund- und Gewerbesteuer, zuzüglich der neu geplanten Zweitwohnungsteuer, was sich schnell zum Bumerang entwickeln kann, weil sie hauptsächlich die zukünftigen FH-Studenten betreffen würde, die man gerade noch für Wohnen in Mülheim anlocken will!

Zum zweiten die Schließung des Naturbads, was aber nicht wirklich umzusetzen sein wird, und viele kleinere Einschnitte, die für wenig Einsparpotenzial vieles zerstören.

Der vorliegende, sogar geschönte Etat 2013, ist hoffnungs- und perspektivlos! Die MBI können diesem Katastrophen-Haushalt deshalb nicht zustimmen!!



Was in dem gesamten Bonanschen Haushaltsentwurf fehlt, ist eine erkennbare mittel- und langfristige Strategie für wirkliche und vor allem ernstgemeinte Haushaltssanierung im Laufe des nächsten Jahrzehnts und darüber hinaus. Neben der Eindämmung der im Ruhrgebiet immer noch immensen Verschwendung, auch bedingt durch sehr engmaschige Filzstrukturen nach jahrzehntelanger SPD-Alleinherrschaft, braucht ein Strukturwandel in den 53 Städten und Städtchen des schrumpfenden Ruhrgebiets vor allem ein baldiges, schonungsloses Ende der fatalen Kirchturmspolitik, bei der sich die Kleinfürstentümer auch noch gegenseitig zu Tode konkurrieren, ob bei Einkaufszentren, Ausweisung von Wohngebieten, Gewerbeansiedlung, Schulangeboten und, und, und Deshalb heißen die strategischen Schlüsselbegriffe

Ruhrstadt, Rekommunalisierung und ernst gemeinte, wirkliche Bürgerbeteiligung

Folgende 3 Komplexe müssten dafür grundlegend anders angegangen werden, um eine Umsteuerung strukturell zu ermöglichen, und die Weichenstellung für eine zukünftig eher nachhaltige Stadtentwicklung auch finanziell zu bewirken, die nicht mehr auf Kosten der Kinder und Enkel die gesamte Stadt umkrepelt, um sich selbst Denkmäler zu setzen

- 1.) In Zusammenarbeit mit den Nachbarstädten, dem RVR und dem Land müssen **alle kommunalen Aufgabenfelder ausnahmslos auf Arbeitsteilung und Fusionierung durchleuchtet** werden und ein zugehöriger, zeitnah einsetzender



Maßnahmenkatalog und Aktionsplan erstellt, beschlossen und umgesetzt werden



- 2.) Ein **Fahrplan für Rekommunalisierung bzw. Rücküberführung** möglichst vieler Ausgliederungen, sowohl teilprivatisierte wie städtische GmbHs u.ä., muss erstellt werden. **Keine weitere Umwegfinanzierungen durch PPP oder PPP-ähnliche Finanzierung von Investitionen, Rekommunalisierung der Ver- und Entsorgung, finanziert über Verkauf der RWE-Aktien**

- 3.) Der ganz große Ausgabenblock Personalkosten in seiner Gesamtheit, d.h. inkl. der ausgliederten Beteiligungen, muss schnellstmöglich umstrukturiert und mittelfristig deutlich verringert werden, immer im Einklang mit 1.+2.

Last, but not least: Ohne Bürger läuft nix!

Der halbherzige "Bürgerhaushalt" der Stadt Mülheim seit 2010 litt bereits ein Jahr später unter mangelndem Interesse, genauso dieses Jahr zu dem perpektivlosen Etat 2013. Kein Wunder, denn 2010 durften die Bürger zu den wichtigsten nicht mitreden, den sog. „heiligen Kühen“ von Ruhrbania, Stadionumbau usw.



bis zu Personal, PPP u.ä..
Doch jede strategische Umstellung der Weichen braucht die Akzeptanz der Bürger. Dazu ist eine offene und tabulose Beteiligung der Bürger vor den Entscheidungen von allergrößter Bedeutung!



Für die Wiederbelebung der schwer angeschlagenen kommunalen Demokratie und der in Mülheim kaum erkennbaren Stadtplanung

2012 bestand u.a. aus Eurodauerkrise, schweren Rückschlägen im Kampf gegen die Klimakatastrophe - global (Rio plus 20 und Doha-Welt-Klimakonferenz), national (Wende in der Energiewende?) und lokal (u.a. irrwitzige Bauwut auch in sensibelsten Lagen) -, aus der erneuten Fehlannonce bei der Bändigung des spekulativen Bankensektors und zunehmender Demokratiekrise vielerorts, ob in Mülheim, Duisburg, Dortmund, Berlin, Athen, Bukarest, Mexiko uswuf., von Arabien oder Teilen Afrikas ganz zu schweigen!

Die MBI wünschen sich und den Mülheimer/innen für 2013 trotz bzw. wegen dieser bedenklichen Fehlentwicklungen u.a.,

- ◆ endlich die längst überfällige Beendigung von Ruhrbania-Pläne an der Eisenbahnbrücke, damit wenigstens AOK, Gesundheitshaus, ex-Arbeitsamt und die Hochstraße Tourainer Ring bleiben!
- ◆ **dass Zinswetten jeglicher Art sowie PPP-Projekte inkl. "Forfaitierung mit Einredeverzicht" ab nun endgültig und für immer in Mülheim tabu sind,**
- ◆ dass das teuer sanierte städtische Altenheim Kuhlendahl nicht an den MWB verkauft und zurückgemietet wird, vor allem aber, dass der MWB sich endlich wieder als Genossenschaft im Sinne seiner Genossen als Mieter begreift und die Aktivitäten als Immobilienspekulant in Verbindung mit Hoffmeister einstellt, um baldigst den Wohnungsbestand energiesparend und barrierefrei zu erschwinglichen Mieten umzubauen
- ◆ **dass der Sportplatz van der Tann-Str. in Styrum den Schülern und Vereinen erhalten bleibt und trotz RP-Genehmigung nicht zur ungesetzlichen Finanzierung des geplanten Heißener Luxusportplatzes missbraucht wird,**
- ◆ dass das Freibad Styrum selbst als Naturbad auf Dauer geöffnet bleibt,
- ◆ **dass das umwelt-, gesundheits- und die Stadtentwicklung gefährdende Fallwerk Jost endlich ganz aus Wohngebietsnähe weg verlagert wird und dass etliche schwerwiegende städtebauliche Fehlentscheidungen zu Speldorf aus 16 Jahren Sander-Ära endlich korrigiert werden,**
- ◆ dass auch in Mülheim alle Geschäftsführergehälter und Boni offengelegt und möglichst deutlich begrenzt werden. Auf Dauer aber muss der Irrweg „Konzern Stadt“ zurückgeführt werden auf eine kommunale Selbstverwaltung ohne GmbH's wie die MST und ohne privatisierte Grunddaseinsvorsorge, d.h. auch - anders als beim Stromnetz - Rekommunalisierung von medl, RWV, Müllabfuhr, Straßenreinigung und Abwasser, auch und nicht zuletzt über Verkauf von RWE-Aktien
- ◆ **dass die heiklen B-Pläne Schlippenweg, Tilsiter Str./Oppspring und „Schwesterngärten“ Kühlenstr. beendet werden, dafür endlich ein Begrünungsprogramm für die Innenstadt zur Verbesserung des Mikroklimas aufgelegt wird!! Ebenso muss dringend das jahrelang vernachlässigte System der regionalen Grünzüge aktualisiert und mit Bebauungsverboten ruhgebietsweit gesichert werden,**
- ◆ dass auf der Ruhrthalbrücke in Mintard endlich eine Geschwindigkeitsbeschränkung bald kommt,
- ◆ **dass die „Regler Produktion e.V.“ ihre überaus erfolgreiche Arbeit zur Attraktivierung der Freilichtbühne uneingeschränkt fortführen können**
- ◆ dass die denkmalgeschützte ex-MVG-Jugendstilhalle „Alte Dreherei“ lebendiges Bürgerzentrum wird ohne immer neue Gefährdung durch bürokratische Auflagen, ungerechtfertigte Anliegerbeiträge u.ä.,
- ◆ **dass die Gebührenwillkür u.a. bei Abwassergebühren endlich beendet wird**
- ◆ dass die teuren Eiertänze und Geheimniskrämereien um die ÖPNV-Zukunft endgültig beendet werden,
- ◆ **dass die inflationäre Vermehrung städtischer Pöstchen inkl. der Ausgliederungen aufhört**
- ◆ dass WAZ, NRZ, Mülheimer Wochen und Radio Mülheim in Zukunft kein weiteres Tabu bei Benennung von MBI-Anträgen als solchen usw. mehr haben
- ◆ **und nicht zuletzt, dass die Erkenntnis die Stadtspitzen ereilt, mit der Kriminalisierung von Kritikern aus MBI oder der Bürgerschaft nur schweren Schaden anzurichten**
- ◆ dass ferner das Widerspruchsrecht für Bürger schnell wieder eingeführt wird, dass der RP Düsseldorf abgeschafft wird und dass MBI-Briefe an Frau Kraft, die StA Duisburg usw. auch beantwortet werden,
- ◆ **und dass, dass + dass und vor allem Gesundheit und gutes Wetter für alle!**